

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

24. März 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 18.03.14 wurden bei einem Selbstmordanschlag auf einem Marktplatz im Zentrum von Maimana (Hauptstadt der nordafghanischen Provinz Faryab) mindestens 16 Zivilisten getötet und 47 verletzt. Am 20.03.14 griffen sieben Selbstmordattentäter der Taliban eine Polizeistation nahe dem Gouverneurssitz in Jalalabad (Hauptstadt der ostafghanischen Provinz Nangarhar) an. Bei dem dreistündigen Gefecht wurden die Angreifer, zehn Polizisten und ein Zivilist getötet. 14 Polizisten erlitten Verwundungen. Etwa 20 weitere Personen mussten im Krankenhaus behandelt werden. Am 21.03.14 eröffneten vier junge Männer im Restaurant des Hotels Serena in Kabul das Feuer auf die Gäste und töteten mindestens neun Menschen, darunter fünf Afghanen und vier Ausländer. Vier Personen wurden verletzt. Afghanische Sicherheitskräfte erschossen die vier Täter, bei denen es sich um Minderjährige gehandelt haben soll. Die Taliban bekannten sich zu dem Überfall. Ziel seien afghanische Behördenvertreter gewesen, die das persische neue Jahr mit Alkohol begrüßt hätten.

In den ersten zweieinhalb Monaten des Jahres 2014 wurden durch Angriffe mit improvisierten Sprengsätzen (IED, Improvised Explosive Device), wozu auch Selbstmordanschläge und komplexe Angriffe wie der auf das Hotel Serena zählen, 190 Zivilisten getötet. Dies bedeutet eine Steigerung von 14 % gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Pakistan

Lage in Nordwestpakistan

Im Distrikt Shawal (Nordwaziristan) starben am 19.03.14 sechs Zivilisten, als eine Mörsergranate ihr Haus traf. In Peshawar (Provinz Khyber Pakhtunkhwa) wurden bei einem Bombenanschlag mindestens fünf Menschen verletzt.

Irak

Allgemeine Lage

Nach wie vor kommt es täglich zu Anschlägen. Nach der Zählung von Iraq Body Count wurden im März (Stand: 22.03.14) bisher 749 Zivilpersonen getötet. Nach der Zählung der Nachrichtenagentur AFP (Stand: 19.03.14) ist die Zahl der Opfer mit 333 Personen geringer, davon 51 Polizisten, 24 Soldaten, sechs Angehörige der Sahwa und vier Extremisten.

Laut Pressemeldung versuchen Extremisten ländliche Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen. So sprengten sie am 21.03.14 in der Provinz Diyala zwei Brücken. Es soll in Dörfern nordöstlich von Baquba zu Gefechten zwischen der Gruppe Islamischer Staat im Irak und der Levante (ISIL) und der irakischen Armee gekommen und hunderte Zivilisten geflohen sein.

Syrien

Türkei schießt syrischen Kampfjet ab

Die türkischen Streitkräfte schossen nach Angaben des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan am 23.03.14 ein syrisches Flugzeug ab, das den türkischen Luftraum verletzt haben soll. Nach syrischen Aussagen hat der Kampfjet auf syrischem Gebiet Aufständische angegriffen. Seit 21.03.14 kämpfen syrische Rebellen und Regierungskräfte um die Kontrolle des Grenzübergangs Kasab (auch Kesab) von der syrischen Provinz Lattakia in die Türkei. Am 21.03.14 sollen bei den Kämpfen mindestens 21 Menschen umgekommen sein. Die Provinz Lattakia befindet sich weitgehend unter Kontrolle der Regierung. Sie ist eine Hochburg der Alawiten.

Israel bombardiert Stellungen der syrischen Armee auf den Golan-Höhen

Am 18.03.14 und in der Nacht zum 19.03.14 haben die israelischen Streitkräfte mehrere Stellungen der syrischen Armee auf den Golan-Höhen (ein Ausbildungszentrum, ein Armeehauptquartier und Artilleriegeschütze) angegriffen, nachdem bei einem Bombenanschlag vier israelische Soldaten auf den Golan-Höhen verletzt worden waren. Die Golan-Höhen sind seit 1967 von Israel besetzt und werden von Syrien zurückgefordert. Die Lage in dem Gebiet ist seit Ausbruch des Bürgerkrieges sehr gespannt.

Libanon

Versuchte Bischofsentführung

Der maronitische Bischof von Baalbek, Semaan Atallah, entkam am 22.03.14 bei einer Fahrt durch die nördliche Bekaa-Ebene knapp einer Entführung. Er war von zwei Fahrzeugen verfolgt und abgedrängt worden, ihm gelang die Flucht zu einem Armee-Checkpoint. Über Hintergründe ist nichts bekannt.

Kämpfe zwischen Sunniten und Alawiten

Vor dem Hintergrund des syrischen Bürgerkrieges lieferten sich in der nordlibanesischen Küstenstadt Tripoli Sunniten und Alawiten gewaltsame Auseinandersetzungen, bei denen am 21.03.14 mindestens sieben Menschen getötet wurden.

Parlament billigt neues Kabinett

Am 20.03.14 sprach das Parlament mit 96 der 101 Abgeordneten dem 24-köpfigen Kabinett des Ministerpräsidenten Tammam Salam das Vertrauen aus. Nach rund zehn Monaten war Salam im Februar 2014 die Bildung einer neuen Regierung gelungen, der sowohl die Hizbollah als auch die vom Westen unterstützte Koalition von Hariri angehören.

Türkei

Twitter gesperrt

Am 21.03.14 wurde der Zugang zum Kurznachrichtendienst Twitter weitgehend blockiert. Ministerpräsident Erdogan hatte bereits zuvor im Zusammenhang mit You-Tube-Veröffentlichungen zur Korruptionsaffäre damit gedroht: „Twitter und solche Sachen werden wir mit der Wurzel ausreißen.“ Nach Regierungsangaben wurde die Sperre damit begründet, dass Verantwortliche von Twitter Gerichtsentscheidungen ignoriert hätten, nach denen sie verpflichtet gewesen seien, bestimmte Links aufgrund von Beschwerden türkischer Bürger zu entfernen. Zahlreiche Nutzer umgingen die Blockade. Auch Staatspräsident Abdullah Gül ignorierte das Verbot und erklärte über seinen Twitter-Account, die Sperre sei inakzeptabel. Zudem dürften nach der Rechtsprechung nur einzelne Internetseiten blockiert werden, wenn diese den Datenschutz verletzten. Er hoffe, dass die Sperre nicht lange in Kraft bleibe. Auch von Seiten der EU gab es deutliche Kritik.

Iran

Hafturlaub für zur Steinigung Verurteilte

Der zweimal zum Tode verurteilten Sakineh Mohammadi-Ashtiani wurde wegen guter Führung Hafturlaub gewährt. Nach fast achtjähriger Haft bekomme sie bis auf weiteres Hafturlaub, so der Leiter der iranischen Menschenrechtskommission, Mohammad Jawad Larijani. Der Fall Mohammadi-Ashtiani erregte 2010 weltweit Aufsehen. Die iranische Justiz hatte die heute 46-Jährige in zwei Verfahren wegen Ehebruchs sowie Beihilfe zum Mord an ihrem Ehemann zum Tod durch Steinigung verurteilt. Die Hinrichtung sollte im Juli 2010 erfolgen. Nach massiven internationalen Protesten wurde die Steinigungsstrafe zwar ausgesetzt, zeitweilig drohte aber die Erhängung. Schließlich verzichtete die Familie des Opfers auf die Todesstrafe¹ und die Frau erhielt eine Gefängnisstrafe von zehn Jahren.

Israel/Palästinensische Autonomiegebiete

186 Siedlerwohnungen in Ostjerusalem geplant

Die israelische Stadtverwaltung hat am 19.03.14 den Bau von weiteren 186 Wohnungen im annektierten Ostjerusalem bekanntgegeben. Dies teilte ein Oppositionspolitiker des Jerusalemer Stadtrats mit. Danach werden 40 Neubauten im nördlichen Stadtteil Pisgat Seev errichtet und 146 in Har Homa, der jüngsten jüdischen Siedlung in Ostjerusalem, die neben Bethlehem liegt. Die von der Stadtverwaltung erteilten Baugenehmigungen haben besondere Brisanz, weil Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas in den vergangenen Wochen mehrfach betont hatte, dass er zu einer Verlängerung der bis Ende April vereinbarten direkten Friedensgespräche mit den Israelis nur bereit sei, wenn zugleich der Siedlungsausbau ausgesetzt werde. Der Sprecher der siedlerkritischen Gruppe „Peace now“ (Shalom Achshav), Lior Amichai, kritisierte die Entscheidung zu einem Zeitpunkt, in dem die Staatengemeinschaft bemüht sei, die Direktverhandlungen mit den Palästinensern aufrechtzuerhalten. Zuletzt hatte die Jerusalemer Stadtverwaltung Anfang Februar den Bau von 558 Siedlerwohnungen im annektierten Umland der Stadt angekündigt.

Ägypten

Massenprozess gegen Islamisten

In Minia begann der bisher größte Prozess gegen Anhänger des gestürzten Präsidenten Mursi wegen der gewalttätigen Proteste vom Sommer 2013. Am 22.03.14 wurde das Strafverfahren zunächst gegen mehr als 500 Personen eröffnet. Das Gericht verurteilte 529 Personen zum Tode. Gegen weitere 700 Beschuldigte soll das Verfahren am 25.03.14 beginnen.

Zwei Tote bei Protesten

Bei Protesten von Anhängern des gestürzten Präsidenten Mursi gegen die Regierung in mehreren Städten kam es zu Kämpfen mit Sicherheitskräften. Dabei starb in Kairo und Alexandria je ein Demonstrant.

Generale ausgetauscht

Armeechef Feldmarschall Abd al-Fattah al-Sisi – er wird wahrscheinlich für das Amt des Staatspräsidenten kandidieren, hat dies jedoch noch nicht offiziell verkündet – berief am 18.03.14 mehrere Generale ab. Beobachtern zufolge will al-Sisi, der im Fall einer Kandidatur aus dem Militär ausscheiden muss, ihm loyale Führungskräfte installieren. Von der Abberufung betroffen ist u. a. der Kommandeur der Zweiten Armee, General Ahmed Wafsi. Die Zweite Armee, zuständig für die Halbinsel Sinai, blieb bisher im Kampf gegen Islamisten, die der al-Qaida nahestehen, ohne nachhaltigen Erfolg.

¹ Die in der Scharia verankerte Qisas-Strafe ist gekennzeichnet durch das Prinzip der körperlichen Vergeltung für Mord und Körperverletzung mit Folge des Verlustes von Gliedmaßen. Hierbei können Geschädigte oder deren Familie selbst bestimmen, ob sie auf Vergeltung bestehen oder sich mit einer Schadensersatzzahlung (Blutgeld „diyeh“) zufriedengeben.

Algerien

Proteste vor Präsidentschaftswahl

Neben dem amtierenden, anscheinend gesundheitlich angeschlagenen Präsidenten Bouteflika wurden fünf Kandidaten zur Präsidentschaftswahl am 17.04.14 zugelassen. Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Sellal am 13.03.13, der den Wahlkampf leiten soll, wird bis zur Wahl der bisherige Energieminister Yousfi die Regierungsgeschäfte übernehmen. Gegen die erneute, vierte Kandidatur Bouteflikas kam es in mehreren Orten des Landes zu Demonstrationen. In Ghardaia, rund 600 Kilometer südlich von Algier, wurden am 15.03.14 bei Zusammenstößen zwischen Angehörigen verschiedener Volksgruppen mindestens drei Menschen getötet. Die Gewalt zwischen Mitgliedern der arabischen Chaamba-Gemeinschaft und der berberischen Mozabiten in Ghardaia dauert bereits seit mehreren Tagen an.

Guinea

Ebola-Ausbruch

In Guinea sind nach Berichten vom 23.03.14 am gefährlichen Ebola-Virus 59 Menschen gestorben. Fast 100 Infizierte seien registriert worden. Das Kinderhilfswerk Unicef warnte, dass die Epidemie mittlerweile auch die Millionenmetropole Conakry, Hauptstadt Guineas, erreicht habe. Erstmals wurde der Ebola-Virus nach Behördenangaben im Februar 2014 im Süden des Landes festgestellt. Besonders betroffen sind die Präfekturen Macenta und Guéckédou an der Grenze zu Sierra Leone.

Sierra Leone

Friedensmission UNIPSIL wird beendet

Am 31.03.14 wird nach 15 Jahren der Einsatz der UN-Friedenstruppe UNIPSIL (United Nations Integrated Peacebuilding Office in Sierra Leone) in Sierra Leone beendet. In einer gemeinsamen Feierstunde am 06.03.14 würdigten UN-Generalsekretär Ban und Präsident Koroma die Leistungen der Mission beim Wiederaufbau des Landes nach dem Bürgerkrieg (1991 – 2002).

Nigeria

Viele Tote bei Kämpfen zwischen Tiv und Fulani in Benue

Am frühen Morgen des 23.03.14 griffen Kämpfer des Hirtenvolkes der Fulani in Südostnigeria vom Bundesstaat Nasarawa her kommend Gbajimba (Hauptstadt der Guma Local Government Area, LGA) im angrenzenden Bundesstaat Benue an. Der Angriff konnte von bewaffneten Jugendlichen vom Stamm der Tiv (überwiegend Ackerbauern) blutig zurückgeschlagen werden. Gegen 13 Uhr griffen mehreren Hundert Kämpfer der Fulani erneut an. Sie erschossen viele Angehörige der Tiv und brannten Unterkünfte nieder. Es sollen etwa 55 Personen bei den Kämpfen auf beiden Seiten getötet worden sein. In dem in Benue vor allem in den LGAs Guma, Makurdi, Gwer West und Agatu seit etwa drei Jahren andauernden Konflikt zwischen Fulani und Tiv wurden laut Angaben eines Sonderberaters des Gouverneurs von Benue bisher mehrere Hundert Menschen getötet sowie mindestens 200.000 Menschen vertrieben.

Bombenanschlag der Boko Haram nahe Bama

Am Abend des 20.03.14 detonierte laut Angaben der Sicherheitskräfte im nordöstlichen Bundesstaat Borno auf einem belebten Markt des Dorfes Nguro-Soye (auch: Ngurosoye, nahe der Stadt Bama) eine mutmaßlich von Angehörigen der islamistischen Organisation Boko Haram versteckte Bombe. Dorfbewohner dagegen berichteten, dass die Boko Haram eine Panzerfaust auf das Dorf abgefeuert habe. Beim Anschlag sollen bis zu 32 Menschen getötet worden sein.

Flüchtlingszahlen des Boko Haram-Konflikts

Laut Angaben der UN-Nachrichtenagentur IRIN vom 14.03.14 flüchteten in Nordnigeria seit 2013 rund 350.000 Menschen vor den Angriffen der Boko Haram. 290.000 von ihnen fanden internen Schutz, 60.000 flüchteten nach Kamerun, Niger und in den Tschad.

Côte d'Ivoire

Vertrauter von Ex-Präsident Gbagbo an Den Haag ausgeliefert

Côte d'Ivoire hat Ble Goude, den engsten Vertrauten von Ex-Präsident Laurent Gbagbo, an den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) überstellt. Ihm soll wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Prozess gemacht werden. Der 42-Jährige wird für Morde, Vergewaltigungen, gezielte Verfolgungen und andere Taten verantwortlich gemacht.

Ble Goude stand während der gewaltsamen Auseinandersetzungen nach der umstrittenen Präsidentenwahl im November 2010 an der Spitze der berüchtigten Gbagbo-treuen Miliz „Junge Patrioten“. Anfang 2013 wurde er in Ghana festgenommen und anschließend der ivoirischen Justiz übergeben. Im Oktober machte das Den Haager Tribunal dann einen knapp zwei Jahre zuvor erlassenen Haftbefehl gegen Ble Goude publik. Gbagbo selbst befindet sich bereits seit November 2011 im Gewahrsam des IStGH und wartet auf einen Prozess. Der 68-Jährige ist das erste frühere Staatsoberhaupt, das im Gewahrsam des Strafgerichtshofes ist. Bei dem blutigen Machtkampf mit seinem Rivalen, dem heutigen Staatschef Alassane Ouattara, wurden bis Mai 2011 mehr als 3.000 Menschen getötet.

Somalia

Blockade für Hilfsgüter

Al-Shabaab verweigert Lastzügen mit Hilfsgütern die Zufahrt zur Stadt Hudur, aus der somalisches Militär und AMISOM die Islamisten kürzlich vertrieben haben (vgl. BN v. 10.03.14).

Offensive gegen al-Shabaab

Nach Angaben des stellvertretenden somalischen Außenministers vom 21.03.14 hat die mit der somalischen Regierung verbündete Miliz Ahlu Sunna wal-Jamaa (ASWJ) in der zentralsomalischen Region Galguduud eine militärische Offensive gegen al-Shabaab begonnen.

Anschläge auf AMISOM

Für einen Autobombenanschlag auf einen Konvoi der AMISOM nahe einem Checkpoint am Afgoye-Korridor (Verbindungsstraße zwischen Mogadischu und der Stadt Afgoye) in der Region Lower Shabelle am 17.03.14 übernahm die al-Shabaab die Verantwortung. Sieben Personen sollen getötet worden sein.

Bei einem Autobombenanschlag auf ein Hotel in Bulo Burde in der Region Hiiran und anschließenden Gefechten somalischer und AMISOM-Soldaten mit etwa zehn al-Shabaab-Kämpfern sollen in der Nacht zum 18.03.14 nach Angaben der Islamisten 30 Militärangehörige ums Leben gekommen sein. Augenzeugenberichte sprechen dagegen von insgesamt 14 Toten auf beiden Seiten. Bulo Burde war am 13.03.14 von somalischem Militär und AMISOM eingenommen worden. Bereits in den Tagen vor dem Anschlag auf das Hotel hatten Angriffe auf AMISOM und somalisches Militär stattgefunden.

Anschlag auf General in Puntland

Bei einem Hinterhalt auf einen Konvoi der puntländischen Sicherheitskräfte kamen am 17.03.14 im Dorf Laag in der Gegend der Stadt Galgala (Region Bari) mindestens zwei Personen ums Leben, darunter der Militärkommandeur von Galgala. Ein Sprecher der al-Shabaab erklärte, der Militärkommandeur sei Ziel des Angriffs gewesen.

Russische Föderation

Islamistenführer Doku Umarow anscheinend tot

Den Tod Umarows meldete am 18.03.14 eine islamistische Webseite, die mit militanten Kräften im Nordkaukasus sympathisiert. Die Webseite verwandte den arabischen Kampfnamen „Emir Doku Abu Usman“. Zuletzt hatte der Untergrundkämpfer wiederholt damit gedroht, die Olympischen Winterspiele in Sotschi im Februar 2014 mit Gewalt zu verhindern. Über die genauen Umstände seines Todes wurden keine Angaben gemacht. Die russische Regierung bestätigte die Meldung bislang nicht. Umarow galt als Chef des selbst proklamierten sog. Emirats des Kaukasus. Die Gruppe kämpft für eine islamistische Herrschaft im gesamten

Kaukasusgebiet. Der Rebellenführer war der meistgesuchte Islamist in Russland und bekannte sich zu zahlreichen Gewalttaten im ganzen Land, darunter die Anschläge auf den Moskauer Flughafen Domodedowo im Januar 2011 und die Moskauer U-Bahn im März 2010 mit insgesamt 77 Toten. Der tschetschenische Republikführer Ramsan Kadyrow hatte bereits Mitte Januar 2014 den Tod Umarows verkündet.

Russische Föderation/Ukraine

Krim-Anschluss besiegelt

Gegen alle Strafmaßnahmen und Proteste des Westens hat Russland den umstrittenen Anschluss der Krim vollzogen und kontrolliert die Halbinsel militärisch vollständig. Nach der Staatsduma am 20.03.14 stimmte der Föderationsrat am 21.03.14 der Aufnahme der ukrainischen Schwarzmeer-Halbinsel zu. Wenig später unterzeichnete Präsident Wladimir Putin am 21.03.14 die Gesetze zum Beitritt der Krim und der Stadt Sewastopol zur Russischen Föderation. Nach russischem Recht ist die Krim damit endgültig Teil der Russischen Föderation. Bereits am 24.03.14 soll der russische Rubel eingeführt sowie Renten und Gehälter in Rubel ausgezahlt werden. Am 23.03.14 verordnete Präsident Putin, dass die Verwaltung der Halbinsel bis zum Ende der kommenden Woche neu zu ordnen ist. Dazu gehört unter anderem, dass Polizei, Zivilschutz, Geheimdienst und andere Staatsorgane nach russischem Recht arbeiten.

Gasrabatt gestrichen

Zugleich strich Russland der Ukraine einen Nachlass auf den Preis für Erdgas. Grundlage des seit 2010 gewährten Rabatts von 100 Dollar je 1000 Kubikmeter habe die Nutzung eines Marinestützpunkts auf der ukrainischen Halbinsel Krim gebildet. Nach dem Referendum vom 16.03.14 sei die russische Schwarzmeerflotte de jure aber nicht mehr in der Ukraine, sondern in Russland stationiert, sagte ein Sprecher von Putin.

Engere Kooperation Ukraine/EU

Auf ihrem Gipfel in Brüssel am 21.03.14 unterzeichneten die EU-Staats- und Regierungschefs und der Ministerpräsident der Ex-Sowjetrepublik, Arseni Jazenjuk, ein Abkommen zur engeren politischen Kooperation. Der geschäftsführende ukrainische Präsident Alexander Turtschinow erklärte, sein Land werde nie die Abspaltung der Krim akzeptieren.

Vietnam

Erneut Blogger wegen Regimekritik verurteilt

Am 19.03.14 wurde der Blogger Pham Viet Dao von einem Gericht in Hanoi gem. Art. 258 VietStGB wegen „Missbrauchs demokratischer Freiheiten zur Verletzung von Staatsinteressen“ zu 15 Monaten Haft verurteilt. In der Urteilsverkündung sagte der Richter, Dao habe „die obersten Führer verzerrt, verunglimpft und Geschmiere über sie verbreitet“. Seine Taten seien „gefährlich für die Gesellschaft, würden in der Öffentlichkeit Angst schüren und das Vertrauen der Menschen in die Führung der kommunistischen Partei schwächen“. Pham Viet Dao, früher Beamter des vietnamesischen Kultusministeriums, war in den sozialen Medien aufgrund seiner Kritik am Einparteiensystem und an Vietnams Führung bekannt. Nach seiner Verhaftung im Juni 2013 wurde der Zugang zu seiner Website gesperrt. Zuvor war am 04.03.14 der regimekritische Blogger Truong Duy Nhat zu zwei Jahren Haft verurteilt worden.